

Düsseldorf, 12. März 2015

Auszug aus der Rede
von Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
im Rahmen der
Bezirksdelegiertenkonferenz
der
IG BCE Alsdorf
am 18. März 2015

- Es gilt das gesprochene Wort! -

■ ■ ■

Sehr geehrte Damen und Herren,

Energiewende

Immer wieder stehen wir gemeinsam vor der Aufgabe, die richtige Mischung von Kontinuität und Erneuerung zu finden. Lieber Michael [Vassiliadis], wie fordernd das sein kann, haben wir beide sehr deutlich beim Thema „Energiewende“ gesehen. Ich bin dankbar für den direkten Draht, den ich zu Dir hatte, als ich in Berlin das Thema verhandelt habe. Gemeinsam haben wir viel erreicht und dafür gekämpft, dass die Energiewende nicht zu einer Überforderung gerade unserer energieintensiven Industrie wird.

Das Thema hat für NRW eine hohe Bedeutung und unser Land trägt für das Gelingen der Energiewende eine besondere Verantwortung. Bei uns in NRW stehen über 30 % der Kraftwerkskapazitäten, ein maßgeblicher Anteil davon sind Braunkohlekraftwerke hier im rheinischen Revier. Der Betrieb dieser Kraftwerke hat in der Vergangenheit mit dafür gesorgt, dass NRW Standort vieler energieintensiver Industrien ist. Ich denke z. B. an die Glasindustrie in Herzogenrath und Stolberg oder an die Papierindustrie im Düren-Jülicher Raum. Wir wollen und müssen auch in Zukunft Industriestandort bleiben. Klar ist: Ohne unsere heimische Industrie wird die Energiewende nicht gelingen. Klar ist auch: Unsere heimische Braunkohle und unsere Kraftwerke brauchen wir, um auch in Wind- und Sonnenarmen Zeiten die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dass jetzt sogar eine partielle Sonnenfinsternis als Problem für unsere Stromnetze dargestellt wird, ist ein deutlicher Hinweis auf die Bedeutung eines stabilen, kontinuierlichen Stromangebotes. („Netzbetreiber wie Tennet, mit dem größten Netz und den meisten PV-Anlagen in Deutschland, haben vorsorglich Urlaubssperren verhängt. Schichten für die Leitstellen werden doppelt und dreifach besetzt, damit das diesjährige Frühlingserwachen nicht böse endet.“ Das schrieb die FAZ am Montag)

Die Kolleginnen und Kollegen in den Tagebauen und Kraftwerken sorgen rund um die Uhr dafür, dass Strom zur Verfügung steht, wann immer er gebraucht wird. Das können die erneuerbaren Energien so auf absehbare Zeit nicht leisten. Wir müssen die Energie aus Sonne und Wind nutzen, sie in die Energieversorgung integrieren. Aber wir müssen das so schaffen, dass dabei weder die Netzstabilität noch die Versorgungssicherheit gefährdet sind, wenn die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht. Im Schnitt haben die Erneuerbaren im vorigen Jahr rd. 28 % zur Stromerzeugung beigetragen. Das ist gut! Aber an einzelnen Tagen waren es weniger als 1 %.

Auch hier kann uns übrigens die Digitale Technologie in Zukunft noch weit stärker helfen. Damit wir eine der größten Herausforderungen der Energiewende bestehen: Die Erzeugung erneuerbarer Energien mit der Energienutzung zu harmonisieren. Wenn viele Tausend dezentrale Energieerzeuger einspeisen, z. B. Solaranlagen oder Windparks, kann das erhebliche Netzschwankungen auslösen und empfindliche Industrieanlagen beschädigen. Mit Smart-Grid-Technologien lässt sich diese Gefahr beseitigen. An der Universität Wuppertal wurde zusammen mit einem Industriepartner dafür ein Gerät (iNES intelligente Ortsnetzstation) entwickelt. Es wird in einigen

Ortsnetzen bereits eingesetzt und ist damit ein Element des Smart Grid, das bereits jetzt funktioniert. Denn nur durch eine intelligente Verbindung Erneuerbarer Energie mit gesicherter Leistung schaffen wir die Energiewende und erhalten die Versorgungssicherheit.

Für NRW steht die wichtige Frage der Versorgungssicherheit auch bei der bundesdeutschen Debatte um das zukünftige Design des Strommarktes im Vordergrund. Die Debatte um das Strommarktdesign geht jetzt in die nächste Phase. Der Bundeswirtschaftsminister wertet derzeit die Stellungnahmen zu seinem Grünbuch aus. NRW wird sich in diesen Prozess weiter mit dem Ziel einbringen, unser hohes Maß an Versorgungssicherheit aufrecht zu erhalten und gleichzeitig die Gesamtkosten im Griff zu behalten.

Die Investoren und Unternehmen können sich heute darauf verlassen, dass bei uns Stromausfälle im Vergleich zu anderen Regionen der Welt extrem selten sind. Diesen Standortvorteil dürfen wir nicht gefährden. Dies gilt umso mehr, wenn komplexe und vernetzte Prozesse immer anfälliger auf Spannungs- und Frequenzschwankungen reagieren. Unsere Wirtschaft ist existenziell darauf angewiesen, dass wir eine gesicherte, stabile und preisgerechte Energieversorgung haben.

Es geht dabei auch um einen fairen Lastenausgleich: Klar ist für mich deshalb: Wir werden in NRW keine Kraftwerke abschalten, um mit Geld der Stromkunden aus NRW neue Kapazitäten in Süddeutschland zu subventionieren. Das wäre unfair, das wäre volkswirtschaftlicher Unsinn und das liegt nicht im Interesse Nordrhein-Westfalens.

Garzweiler, Stand Leitentscheidung und Rolle der Braunkohle generell

Ich habe bisher von einer Reihe von Themen gesprochen, bei denen IG BCE und Landesregierung ganz eng und nah zusammen sind. Themen, bei denen wir einen großen Konsens darüber haben, wie weit wir Kontinuität brauchen und wo wir auf Veränderung setzen müssen. Ich will am Schluss ganz offen einen Punkt ansprechen, bei dem wir diesen Konsens so nicht haben. Das Thema Garzweiler.

Zunächst einmal: Die Fortführung des Tagebaus Garzweiler II ist weiterhin erforderlich. Der Tagebau gewährleistet die sichere und ausreichende Rohstoffversorgung von Braunkohlekraftwerken. Damit trägt er zur Versorgungssicherheit bei, in Nordrhein-Westfalen, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Derzeit leistet die Braunkohle mit einem Anteil von ca. 25,4 % einen erheblichen Beitrag zur Stromproduktion in Deutschland.

Neben dem Atomausstieg zeitgleich auch auf Stein- UND Braunkohle zu verzichten, geht einfach nicht!

Klar ist auch: Auf die Braunkohlenverstromung kann auch bei einem gewollten und angestrebten, steigenden Anteil der Erneuerbaren Energien *nicht verzichtet werden*.

Wenn mit den 3 Tagebauen Garzweiler, Inden und Hambach die Energieversorgung derzeit sichergestellt ist, warum brauchen wir nun eine neue Leitentscheidung? Eine Leitentscheidung, mit der insbesondere die bereits seit langem genehmigte Abbaufläche des Tagebaus Garzweiler II neu definiert werden soll?

Wir brauchen diese neue Leitentscheidung, weil sich seit der letzten Leitentscheidung einer Landesregierung zur Braunkohle im Jahr 1991 die Rahmenbedingungen

in der europäischen und deutschen Energiewirklichkeit deutlich verändert haben. Ich nenne die 5 zentralen Stichworte: Liberalisierung der Energiemärkte in Europa, Ausstieg aus der Atomkraft, Ausbau der Erneuerbaren Energien, Klimaschutz.

Es ist notwendig, diese Veränderungen im Rahmen einer neuen Leitentscheidung zu berücksichtigen. Wir können nicht so tun, als ob es die Energiewende nicht gebe. Und wir wollen und müssen dem Rheinischen Braunkohlenrevier auch für den Zeitraum nach 2030 eine klare Perspektive bieten.

Wie Sie wissen, sieht der geltende Braunkohlenplan Garzweiler II die Umsiedlung der Ortschaft Erkelenz-Holzweiler vor. Mit den Vorbereitungen für diese Umsiedlungen hätte formal in diesem Jahr begonnen werden sollen. Das sah die Abwicklung von Planungen aus den 1990iger Jahren so vor. Die Landesregierung hat ein klares politisches Signal gesetzt und als Ziel formuliert: Den 1.400 Einwohnerinnen und Einwohnern von Holzweiler soll eine Umsiedlung erspart bleiben. Denn in die Lebensplanung und die Grundrechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger dürfen und wollen wir *nur soweit* eingreifen, wie das nach sorgfältiger Prüfung aller Fakten energiepolitisch notwendig ist.

Bei Garzweiler II geht es faktisch um eine Verkleinerung der Abbaufäche, die aber nach unserer Überzeugung auch energiepolitisch und energiewirtschaftlich begründet werden kann. Ich betone: Es geht um eine *räumliche* Begrenzung der Abbaufäche. Es geht *nicht* um eine zeitliche Begrenzung. Die kann es auch nicht geben, denn es hängt von vielen Faktoren ab, in welchen jährlichen Mengen die Braunkohle künftig in einem verkleinerten Gebiet abgebaut werden wird. Aber allein *daraus* ergibt sich, mit welchem Tempo auf der genehmigten Fläche weiter Kohle abgebaut wird.

Hier in der Region hat der Prozess zur Erarbeitung dieser neuen Leitentscheidung mit einer Auftaktveranstaltung am 30. Oktober vorigen Jahres in Jülich begonnen. In der vorigen Woche hat das 1. Expertengespräch zum Thema „Energie“ stattgefunden. Mit Beteiligung der IGBCE (Herr Hörnschemeyer und Herr Bahr). Es ging darum, die Erarbeitung der Leitentscheidung auf eine breite Datenbasis zu stellen.

Zusätzlich zu diesen Expertengesprächen wird die Erarbeitung der Leitentscheidung auch auf ein öffentliches Beteiligungsverfahren gestützt. Die Staatskanzlei wird hierzu in diesem Sommer eine Online Konsultation durchführen. Nach Auswertung der Konsultation wird die Leitentscheidung fertig ausgearbeitet und voraussichtlich im Herbst dieses Jahres von der Landesregierung beschlossen werden.

Anrede.

Die Braunkohle behält also im Gebiet zwischen Aachen, Düsseldorf, Köln und Bonn – und damit in Nordrhein-Westfalen insgesamt – eine wichtige Rolle für Wirtschaft und Beschäftigung. Heute steht sie unmittelbar für rund 11.000 Arbeitsplätze. Es ist aber auch klar, dass wir vor einem Strukturwandel stehen. Es ist eine große Aufgabe, diesen notwendigen Strukturwandel in den nächsten Jahrzehnten gemeinsam zu gestalten. Ich bin zuversichtlich, dass wir das schaffen können. Denn wir haben in der Region insgesamt mehr als 600.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Und wir haben dort starke Branchen. Ich denke hier besonders an Chemieindustrie und Biotechnologie, an Handel und Logistik, aber auch an den Maschinenbau.

Vor allem haben wir in NRW eine jahrzehntelange Erfahrung darin, den Strukturwandel *mit* den Menschen zu gestalten. Wir wollen und können auch im Rheinischen Re-

vier einen Strukturwandel ohne soziale und ökonomische Brüche schaffen. Es ist klug, *heute* damit zu beginnen, auch wenn die Braunkohle noch auf Jahrzehnte wichtig bleibt.

Diese Region hat doch schon einmal gezeigt, wie man es macht. Alsdorf, wo wir heute zu Gast sein können, hat unter dem Ende des Steinkohlebergbaus sehr gelitten. Am 23. Dezember 1983 kam auf der Grube Anna in Alsdorf die letzte Lore mit Steinkohle nach Übertage. In der heutigen Städtereion Aachen war Alsdorf die letzte Stadt mit Bergbaubetrieben. Untertage waren die Gruben Anna in Alsdorf und Emil Mayrisch in Siersdorf zusammengelegt worden.

Als klar wurde, dass der Bergbau im Aachener Revier zu Ende geht, haben sich Alsdorf und die anderen ehemaligen Bergbaustädte zusammengetan und am 11. Januar 1984 die sogenannte „Wurmrevierkonferenz“ (Wurmrevier, weil hier das Flüsschen Wurm durch das Revier fließt), hier in Alsdorf veranstaltet. Seitdem ist viel geschehen und viel Zeit vergangen. Und heute sehen wir, dass der Strukturwandel greift.

- Die Zahl der neu angesiedelten Arbeitsplätze ist mittlerweile größer als die Zahl der Arbeitsplätze, die mit Ende des Bergbaus (im Bergbau) verschwunden sind.
- Auf der ehemaligen Zechenbrache (Anna-Park) ist neues Leben entstanden.

(dort z.B. neue Wohnhäuser; Busbahnhof und Haltestelle der Euregiobahn; ein augenärztliches Zentrum wurde hier gebaut) vergangenen Freitag hat ein Fachbetrieb für Solartechnik eröffnet – direkt neben dem neuen ENERGETICON (Erlebnisor: Energie früher, heute und morgen); zum ENERGETICON auf dem Anna-Gelände gehört das Fördermaschinenhaus, das sich bereits als kulturelle Veranstaltungsstätte einen Namen über die Region hinaus erworben hat. Und: Zurzeit geht es auf der Baustelle des KuBiZ (Kultur- Und Bildungs-Zentrum) mit Riesenschritten voran; hier werden Realschule und Gymnasium eine neue Heimat finden; zum KuBiZ gehört die ehemalige Kraftzentrale, die auch dem gesamten Quartier als Treffpunkt dient.)

- Jetzt soll die neue Innenstadt, die neue City gestaltet werden. Nach allem, was hier schon erreicht worden ist, bin ich mir sicher: Auch das wird Alsdorf gut gelingen.

Ja, Strukturwandel braucht Zeit, und er braucht mutige Entscheidungen; die hat es in Alsdorf gegeben. Ich wünsche den Menschen in Alsdorf von ganzem Herzen, dass die positive Entwicklung weitergeht. Diese Stadt hat das wirklich verdient.

Ich möchte aber auch dazu beitragen, dass *andere* Städte, andere Regionen es etwas leichter haben als Alsdorf. Dafür müssen wir bereit sein, über den Tag hinauszudenken, ehrlich zu analysieren und so früh wie möglich anfangen, den Strukturwandel zu gestalten. Und gleichzeitig müssen wir heute dafür sorgen, dass die vom Strukturwandel betroffenen Menschen nicht ins Bergfreie fallen.

Das ist unser Ziel einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik. Darum hat die Landesregierung auch ihre Initiative „Innovationsregion Rheinisches Revier“ gestartet, so wie wir es schon im Koalitionsvertrag 2010 in NRW vereinbart hatten. Sie soll die unterschiedlichen Akteure aus Wissenschaft und Technologieentwicklung mit Unternehmen und Gewerkschaften zusammenbringen. Sie soll in der Region mögliche Entwicklungsperspektiven anhand konkreter Projekte deutlich machen. Auch das Land ist in den Gremien der GmbH hochrangig (Staatssekretär Dr. Günther Horzetz-

ky) vertreten und wird sich so in der Region engagieren. Am 9. Mai wird die Gesellschaft in der Innovationsregion Rheinisches Revier einen Ideenwettbewerb starten.

Anrede.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger im Rheinischen Revier, die Beschäftigten im Bergbau und die Wirtschaft nicht im Unklaren über die Zukunft, über ihre persönlichen Perspektiven lassen. Der Landesregierung war und ist es wichtig, für den Braunkohlenabbau in Nordrhein-Westfalen die Perspektive über 2030 hinaus jetzt zu sichern, gleichzeitig aber auch die Herausforderung für Morgen anzunehmen, dem Revier und der Braunkohlenindustrie eine echte und nachhaltige Perspektive für die Zeit danach zu geben.

Schluss

Wir haben gemeinsam immer wieder Veränderungen gestaltet. Seite an Seite. Wir haben gemeinsam immer wieder nach der richtigen Mischung von Kontinuität und Erneuerung gesucht und Lösungen gefunden. Wir sind uns bei einer großen Zahl von Themen einig, da denken und handeln wir in die gleiche Richtung. IGBCE und Landesregierung verbindet viel: Wir wissen um den Wert unserer Industrie, um den Wert fairer, hochqualifizierter Arbeit, um den Wert von Mitbestimmung und verlässlicher Energieversorgung. Ich bin sicher: Das ist eine breite solide Basis. Der Strukturwandel hier in Alsdorf zeigt, dass wir auf diesem Weg erfolgreich sind. Das alles ist eine gute Basis. Eine Basis, die trägt. Auch wenn man nicht immer einer Meinung ist. Ich bin sicher: Das halten wir auf beiden Seiten aus. Entscheidend ist für mich, dass wir uns aufeinander verlassen können. Dass wir immer Respekt vor der Meinung des anderen haben. Lassen Sie uns diesen gemeinsamen Weg weitergehen.